

Gemeinnutz geht vor Eigennutz

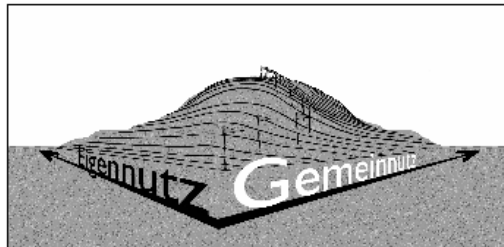
Das beschlossene Regierungsprogramm trägt durch die Verordnung von Sozialdiensten klar postfaschistische Züge. Es wird, und hier werden die tiefsten Instinkte in der Gesellschaft geweckt, Studierenden ein Dienst an der Volksgemeinschaft verordnet, ganz nach dem Motto „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ oder: „de Orbeits-scheichen soin amoi vos hackln gehn!“

Wer am Montag die Worte des designierten Bundeskanzlers hörte: „Studierenden wird hiermit die Möglichkeit geboten, einen Dienst an der Gesellschaft zu leisten“, und sich weiters den Vorwurf des Egoismus gefallen lassen muss, wenn er/sie diesen Dienst an der Gesellschaft ablehnt, dem-/derjenigen muss klar sein: ab sofort ist Individualismus, Pluralismus eine negative Eigenschaft. Gesellschaftliche Anerkennung basiert also nur darauf, der Gesellschaft von Nutzen zu sein. Wer diese Art von Anerkennung ablehnt und somit, nach Gusenbauerlogik, seine Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft, dem-/derjenigen wird einfach über den Zwang klar gemacht: du bist Teil einer Gesellschaft. Ausbruchversuche zwecklos, denn die wären ja selbstbestimmt und Selbstbestimmung darf es nicht geben. Die Gesellschaft, die Gemeinschaft sagt dir wohin es geht, die Gesellschaft der „sozialen Wärme“.

Freikaufen können sich buchstäblich jene, die es sich leisten können, allen

anderen steht die Demütigung des Abarbeitens von angeblichen Schulden bevor, eine Wiederbelebung feudalistischer Verhältnisse.

Noch kann es sein, dass man nicht misstrauisch wird, spätestens aber dann, wenn es soweit ist, dass ein ursprünglich



von den Austrofaschisten gefordertes und von den Nationalsozialisten eingeführtes Arbeits- und Wirtschaftsministerium, welches seine Wiederaufstehung in der Zweiten Republik durch die Schwarz- Blaue Regierung feierte, die sich damit auch den berechtigten Vorwurf des Ständestaates einhandelte, nun in der Nichtbeachtung durch die Sozialdemokratie gipfelt, spätestens dann kommt Misstrauen auf.¹

In der Verknüpfung dieser beiden Tatsachen, Zwangssozialdienst an der Gemeinschaft und einem weiter bestehenden Arbeits- und Wirtschaftsministerium, kommen die postfaschistischen Züge dieser Koalitionsvereinbarung zu Tage. Der Versuch, dem designierten Verteidigungsminister Darabos während der Besetzung der SPÖ-Parteizentrale, diese faschistoiden Grundzüge klar zu machen, scheiterte einerseits am mangelnden Geschichtswissen Darabos' und andererseits an seiner fehlenden Bereitschaft sich überhaupt damit auseinanderzusetzen, Zitat Darabos: „Wir sind nicht hier, um eventuelle faschistische Einflüsse auf die heutige Politik zu diskutieren.“ ★

¹) Hintergrund dieser Forderung war die Behauptung, dass es keinen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital gäbe und somit auch keine Klassenunterschiede, alles ist ein großer produktiver Haufen, und alles und jeder/jede MUSS (nicht kann) seinen/ihren Teil dazu beitragen.

Prüfungsanmeldesystem

Schon wieder etwas, das man der „Guten alten Zeit“ Schublade hinzufügen kann, denn seit 13.11. 06 gibt es die Prüfungsanmeldung. Alle Studierenden müssen sich nun zu den Prüfungen der Vorlesungen des Politikwissenschaftsstudiums über das Prüfungsanmeldesystem anmelden.

Die Basisgruppe Politikwissenschaft hat jedoch in Gesprächen mit der Studienprogrammleitung durchgesetzt, dass es keine Platzbeschränkung zu den Prüfungsterminen gibt, sodass jede(r) Studierende zu dem Wunschtermin antreten kann, ohne sich um einen Prüfungsplatz prügeln zu müssen. Außerdem haben wir erreicht, dass man sich bis um 23:59 Uhr des Vortages des Prüfungstermins an- und abmelden

kann, damit man sich nicht schon eine Woche vor dem Termin festlegen muss, ob man zur Prüfung antreten will oder nicht.

Das Anmeldesystem dient dazu, die Anzahl der PrüfungsteilnehmerInnen rechtzeitig zu kennen um genügend Prüfungsbögen zur Verfügung stellen zu können. Außerdem liefert es Planungsdaten für die kommenden Semester (insbesondere bezüglich der Teil-

nehmerInnenzahlen und der dadurch benötigten Raumgröße).

Für die Anmeldung ist es unumgänglich, einen aktivierten Unet-Account zu haben, sie erfolgt nämlich nur über das Univis-System. Nähere Infos findet ihr auf der SPL-Homepage¹ und wenn es irgendwo Probleme gibt könnt ihr euch natürlich an die Studienvertretung wenden.

★

Methodenlangkurse: 300 LV-Plätze zu wenig

269 Politikwissenschaftsstudierende, die sich im Wintersemester für einen Methodenlangkurs aus den Bereichen E1 (quantitative Methoden) und E2 (qualitative Methoden) angemeldet hatten, gingen nach der Auswertung der Anmeldungen leer aus.

Es wurden insgesamt fünf Kurse zu je 35 Plätzen angeboten, also standen insgesamt 175 Plätze zur Verfügung. Die Zahl der Anmeldungen für Methodenlangkurse betrug allerdings 444. Die Studienprogrammleitung war über die unerwartet hohe Nachfrage im Methodenbereich erstaunt und sagte VertreterInnen der Basisgruppe Politikwissenschaft in einer Krisensitzung zu, dass im Sommersemester zusätzliche, über ein Semester geführte Methodenlangkurse angeboten würden. Einige Studierende hätten nämlich anderen-

falls mit einer einjährigen Studienverzögerung zu rechnen, da sie erst im Wintersemester 07 mit diesem Kurs, der sich über zwei Semester erstreckt, beginnen könnten. In weiteren Gesprächen einigte man sich auf sechs vierstündige Methodenlangkurse, die nun im Sommersemester zusätzlich angeboten werden.

In Verhandlungen des Studienprogrammleiters mit dem Rektorat wurde die Einrichtung einer Professur für Methoden der Sozialwissenschaften an der Studienrichtung Politikwissen-

schaft für das Sommersemester zugesagt. Das Lehrbudget wurde aber nicht bedarfsgerecht erhöht, sodass an der Studienrichtung nach wie vor Mängelverwaltung betrieben werde, so der Studienprogrammleiter. Eine Aufstockung des Lehrangebots im Bereich Methodenlehre führe damit zu Kürzungen in anderen Bereichen. Engpässe des Lehrangebotes sind damit auch für das Sommersemester wieder vorprogrammiert – wenn auch diesmal hoffentlich nicht im Methodenbereich. ★

Rote Bildungspolitik und die Studiengebühren

Die Studiengebühren sollen abgeschafft werden. Mit dieser Forderung vonseiten roter und grüner PolitikerInnen wurden die Studierenden im Wahlkampf umworben.

Klar sollen Studiengebühren abgeschafft werden, aber ist das nicht ein bisschen zu wenig der Forderungen in Anbetracht der Vergehen, die die schwarz-blaue Regierung im universitären Bereich begangen hat und die allesamt schleunigst rückgängig gemacht gehören? Auf die Forderung, dass demokratische Strukturen an den Universitäten wiedereingeführt werden sollen, wartete der/die StudentIn vergeblich. Auf die Idee, dass studentische Mitbestimmung ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Studienbedingungen ist und wieder einge-

führt gehört, kamen nicht einmal die Grünen. Und wie ist das mit der politischen Einfärbung der Universitäten? Ist die Besetzung der Universitätsräte durch die Regierungsparteien, die unter der schwarz-blauen Regierung in der Ernennung von Personen aus den rechtsextremen Lager als Universitätsräte mündete (zur Erinnerung: Friedrich Stefan sitzt immer noch im Unirat der Universität Wien), nicht ebenso, wie die Einführung der Studiengebühren, eine Katastrophe, die es zu beseitigen gilt? Die einzige vernünftige universitätspolitische Forderung im

Wahlkampf müsste sein: Das Universitätsgesetz 02, mit dem all diese Grausamkeiten eingeführt wurden, außer Kraft setzen! Bloß die Studiengebühren abzuschaffen ist eine sehr verkürzte Form der Kritik an der schwarz-blauen Universitätspolitik, mit der bestenfalls die Stimmen jener Menschen eingefangen werden konnten, die von Universitätspolitik keine Ahnung haben. Aber mehr darf man PolitikerInnen ja sowieso nicht zumuten. Vielleicht kommen sie ja beim nächsten Wahlkampf auf die Idee, dass diesmal noch etwas gefehlt hat. ★

Beratung:

Montag 16-19 h, Mittwoch 11-14 h
im Kommunikationszentrum der StV (KOZ)
am Institut, Zimmer 221

Kontakt:

Mail: bagru.powi@gmx.at
Tel: +43 1 4277/47709 (zu den Beratungszeiten)
Web: www.bagrupowi.at

Impressum: Basisgruppe Politikwissenschaft
Universitätsstraße 7/2, Stock, Zi. A221, 1010 Wien



Aller guten Dinge sind drei?

Eine kritische Beleuchtung von BA, MA und PhD.

Die Universität Wien befindet sich gerade in einer Phase der Um- und Neustrukturierung der Studienstruktur. Selbstgesetztes Ziel ist es, die meisten Studiengänge bis 2007/08 auf das so genannte dreigliedrige System von Bachelor, Master und PhD (Doctor of philosophy) im Rahmen der Umsetzung des Bolognaprozesses umzustellen. Dies betrifft natürlich auch, wie Ihr sicherlich schon gehört oder in den letzten „Herrschaftszeiten“ gelesen habt, das Studium der Politikwissenschaft. Wir möchten Euch hier eine Übersicht über diesen Prozess bieten und gleichzeitig über den aktuellen Stand der Dinge informieren.

Zuständig für Änderungen und Neugestaltung sämtlicher Studiengänge ist die Curricularkommission, eine entscheidungsbefugte Kommission des Senats, deren Beschlüsse von diesem noch genehmigt werden müssen. Weil die Curricularkommission aber schon allein aus Zeitressourcen nicht für alle Studienrichtungen die einzelnen Studienpläne ausarbeiten kann, richtet sie so genannte Curricular-Arbeitsgruppen (CC-AG) mit VertreterInnen des jeweiligen Fachs ein. Diese Untergruppen werden drittelparitätisch besetzt, d.h. ProfessorInnen, Mittelbau (z.B. AssistentInnen) und Studierenden stellen jeweils ein Drittel der Mitglieder. Die CC-AG für Politikwissenschaft, konstituierte sich als AG mit neun stimmberechtigten Mitgliedern, bestand somit aus jeweils drei VertreterInnen der einzelnen Kurien.

Nach mehreren Sitzungen im Laufe des vergangenen Herbstes wurde am 15. Dezember 2006 ein Vorschlag sowohl für das neue Bakkalaureatsstudium sowie für das Masterstudium ausgehandelt, innerhalb der CC-AG beschlossen und der Curricularkommission sowie dem Rektorat vorgelegt. Bei diesen Vorschlägen handelt es sich jedoch noch nicht um ein in allen Details ausgearbeitetes Konzept, sondern um eine Grobstruktur des Studienplans, die noch genauer erarbeitet und ausgestaltet werden muss. Außerdem ist noch zu bemerken, dass die Möglichkeiten der Neugestaltung des Studienplans durch

einen vorgegebenen Rahmen mittels Vorschriften und „Empfehlungen“ relativ begrenzt waren. Somit muss der neue Studienplan, im Sinne der 1999 in Bologna von knapp 30 europäischen BildungsministerInnen unterzeichneten Erklärung folgend, in Module gegliedert sein. Diese einzelnen Module werden mit einer gewissen Zahl an ECTS-Punkten bewertet, welche den durchschnittlich notwendigen Arbeitsaufwand der Studierenden zum Erbringen der erforderlichen Leistungen darstellen sollen. Insgesamt werden hier dem Bakk-Studium (3 Jahre) 180 und dem MA-Studium (2 Jahre) 120 ECTS-Punkte zugeteilt.

Bakkalaureatsstudium

Der Vorschlag der CC-AG für das politikwissenschaftliche Bakk orientiert sich am so genannten Major-Minor-Modell, d.h. der größere Anteil von 120 ECTS-Punkten muss in explizit politikwissenschaftlichen Modulen absolviert werden, während beim kleineren Anteil von 60 ECTS-Punkten auch Erweiterungsmodule aus anderen Studienrichtungen absolviert werden können. Im ersten Semester muss die Studieneingangsphase (STEP, 30 ECTS) absolviert werden. Hier soll es neben wenigen Einführungsvorlesungen vor allem darum gehen, dass in kleineren Gruppen (Tutorials) den Studierenden die Grundlagen von Politik und Gesellschaft einerseits und wissenschaftlichem Arbeiten andererseits, vermittelt werden. Die Kerngebiete der Politikwissenschaft bilden die nächsten vier Module (jeweils 9 ECTS). Zusätzlich muss ein Methoden-Modul (12 ECTS) absolviert werden.

Bis jetzt handelte es sich um obligatorische Module, d.h. diese Module müssen alle absolvieren, dann aber haben Studierende die Wahl zwischen mehreren wahlobligatorischen Modulen, die einerseits Spezialisierungsfächer und andererseits Praxisfelder beinhalten. Aus diesen Modulen müssen insgesamt vier Module ausgewählt werden, wobei drei davon 6 ECTS umfassen und eines 8 ECTS, da in diesem eine Seminararbeit zu schreiben ist. Aus den praxisorientierten Modulen können

Studierende bis zu zwei Module wählen, alle anderen müssen aus den Spezialisierungsfächern gewählt werden, es können aber auch alle vier Module in den Spezialisierungsfächern absolviert werden. Um nun der Verwirrung vielleicht ein wenig Einhalt zu gebieten, sollen nun die einzelnen Module aus dem wahlobligatorischen Teil aufgelistet werden.

1) Spezialisierungsfächer (mindestens 2 Module)

- Politische Theorien und Theorieforschung
- Internationale Politik und Entwicklung
- EU und Europäisierung
- Österreichische Politik
- Staatstätigkeit, Policy- und Governanceanalysen
- Geschlecht und Politik
- Osteuropastudien
- Kultur und Politik

2) Praxisfelder (höchstens 2 Module, es kann auch ein Praktikum absolviert werden)

- Medien und politische Bildung
- Arbeit in politischen Organisationen und Institutionen
- EU und internationale Organisationen
- Politikberatung und Umfrageforschung

Abschließend wird das Bakk mit einem Seminar und der daraus entstehenden Bakkalaureatsarbeit von voraussichtlich mindestens 40 Seiten sein (30 ECTS). Für die notwendigen restlichen 60 ECTS (Minor) können, wie oben schon erwähnt, sowohl zusätzliche politikwissenschaftliche Module als auch Module aus anderen Studienrichtungen absolviert werden.

Master-Studium

Ebenso wie das Bakk ist auch das MA-Studium in Module mit ECTS-Punktzuschreibung gegliedert. So sind zwei Module zu je 8 ECTS im Bereich Politikwissenschaftliche Grundlagen und Politikwissenschaftliche Methoden zu absolvieren. Im Zentrum des Master- ▶

Zur Lehrplanung im SoSe 2007

► Fortsetzung von Seite 3

Studiums steht aber die individuelle Spezialisierung in den schon vorhin aufgezählten Schwerpunkten. Aus diesen 8 Spezialisierungsfächern müssen zwei Module zu jeweils 22 ECTS ausgewählt werden. Zusätzlich ist ein Forschungspraktikum im Umfang von 12 ECTS innerhalb dieser Schwerpunkte zu absolvieren. Zusätzlich gibt es noch ein weiteres Modul (17 ECTS), in dem noch weitere Lehrveranstaltungen aus Politikwissenschaft oder anderen Fächern absolviert werden müssen. Abgeschlossen wird das Masterstudium mit der Magisterarbeit, die noch, ebenso wie die Diplomarbeit jetzt, öffentlich präsentiert und verteidigt werden muss.

Wie schon anfangs erwähnt, stellt dieses Konzept nur die Grobstruktur der neuen Studienpläne dar, die zwar schon inhaltlich definiert ist, bezüglich der Form der Lehre und der Lehrveranstaltungen noch einiges an Gestaltungsmöglichkeit offen lässt.

Außerdem stellt sich natürlich auch z.B. die Frage der Durchlässigkeit des Studiums, d.h. die Frage, ob und wenn ja, welche zusätzlichen Hürden (neben den leider schon bestehenden) eingebaut werden, um dem „Traum einer Eliteuni“ einiger weniger wieder ein Stückchen näher zu kommen; wogegen sich die Basisgruppe Politikwissenschaft klar ausspricht. ★

Auch wenn es noch fern scheint, getrennt vom Wintersemester durch die Ferien, ist das Sommersemester, zumindest was die Lehrplanung betrifft, schon höchst aktuell.

Neu ist dieses Sommersemester, dass zum ersten Mal die neuen Managementmethoden der Universität voll greifen. Diese sehen so aus: Das Budget für die Lehre wurde Ende November in



sogenannten Zielvereinbarungsgesprächen zwischen den Studienprogrammleitungen und dem Rektorat festgelegt. So wie sich die Universitäten in größerem Maßstab um das Globalbudget des Ministeriums balgen müssen, sollen sich jetzt die Studienprogrammleitun-

gen gegeneinander ausspielen lassen. Insgesamt konnte bei diesem Hauen und Stechen die Politikwissenschaft ihr Budget verteidigen und sogar ein paar Stunden dazugewinnen. Diese reichen allerdings bei weitem nicht aus, den Bedarf an Lehrveranstaltungen, der der Studierendenzahl und deren Interessen entsprechen würde, zu decken; die Studienprogrammleitung macht noch immer das, was für sie unter den gegebenen Bedingungen das einzig Mögliche ist: Mängelverwaltung. Die Engpässe in der Lehrplanung, über die jetzt endlich durch das Anmeldesystem erhobene empirische Zahlen existieren, wie z. B. über den Mangel an Methodenlangkursen, werden zwar erkannt und versucht durch Zusatzangebote auszugleichen, große Sprünge sind allerdings bei dem Budget, das das Rektorat verteilt, nicht drinnen. Außerdem heißt diese neue Vorgehensweise des Rektorats auch, das endgültige Budget für das Sommersemester stand erst Anfang Dezember fest, was für die Planung der Lehre einer großen Studienrichtung wie der Politikwissenschaft sehr knapp ist. Außer einer etwas engeren Zeitplanung hat sich also nicht viel geändert, das alte Kernproblem, das einfach zu wenig Kohle da ist bleibt, genauso wie die Forderungen unsererseits, diese endlich bereitzustellen. Die großen Sprünge, die es brauchte, um eine halbwegs vernünftige Studiensituation herzustellen, wären erst in vollständig veränderten Rahmenbedingungen möglich. ★

Seminarbericht: Erziehung zur Mündigkeit

Vom 24. bis 26.11.06 fand in St. Radegund bei Graz ein Seminarwochenende statt, das von der Stv Powi organisiert wurde und auf reges Interesse stieß, erfreulicherweise vor allem bei Studierenden im ersten Semester: insgesamt 35 TeilnehmerInnen diskutierten teilweise bis spät in die Nacht über Mündigkeit und die Fähigkeit zu kritischem Denken, aber auch über Religion oder den Nahostkonflikt.

Das Hören eines Radiogesprächs und eines Vortrags von Theodor W. Adorno sorgten ebenso wie das ausgelassene Kochgeschehen in der Küche für Abwechslung, auch wenn mal wieder zu wenig Zeit für das Verdauen von Theoretischem und Kulinarischem bei

Spaziergängen im schönen Herbstwetter blieb. Auch die Nachbesprechung des Seminars war sehr fruchtbar: Das Kennenlernen der Kritischen Theorie, und deren Konzepte von Mündigkeit, Kritik und Aufklärung soll bei Textdiskussionen in Wien fortgesetzt werden,

aber auch Filmabende mit einem Dokumentarfilm über Johannes Agnoli, sowie der einzigen kritischen Doku über die Kronen Zeitung wurden für das neue Jahr angedacht. Die Termine dazu werden auf unserer Homepage bzw. auf Aushängen bekannt gegeben. ★